

Hans Kronberger: Sonnenstromhunger stillen

Untertitel: PVA fordert: Aufhebung der Sonnenstrombarrieren

Fulminanter hätte die Reaktion der Österreicher auf die diesjährige Ausschreibung des Klimafonds für Photovoltaikanlagen nicht sein können. Trotz Kürzung der Beitragssumme von 1.300 Euro auf 1.100 Euro pro Kilowattpeak war der Ansturm gigantisch. In der Steiermark war das Rennen nach nur 66 Sekunden schon gelaufen. Mehr als 8.000 Anträge, von denen cirka 1.500 zufriedengestellt werden können, gingen insgesamt ein. In Oberösterreich war der Topf nach vier Minuten leer.

Hans Kronberger vom Bundesverband Photovoltaic Austria (PVA) fordert angesichts des enormen Interesses: „Jede errichtete Photovoltaikanlage bringt dem Staat einen schönen Nettogewinn, daher ist es absolut unverständlich, warum die österreichischen Politiker den Investitionswillen ihrer Bürger einbremsen.“ Die Rechnung des PVA lautet: Bei einem Zuschuss von 1.100 Euro und den Kosten von durchschnittlich 4.200 Euro pro Kilowattpeak fallen für den Errichter 700 Euro an Mehrwertsteuer an. Somit verbleiben noch 400 Euro, die durch diverse Steuerabgaben, von Gewerbe- bis Dienstleistungsabgaben, und vermiedene Arbeitslosenkosten mehr als kompensiert werden. Für die Politik bestünde jetzt die Chance, den großen Wurf zu tätigen und alle Interessenten zufriedenzustellen und dabei das staatliche Budget aufzubessern. Die Klimafondsförderung betrifft Anlagen bis 5 kWp.

An der Front des Ökostromgesetzes haben die Erneuerbaren wertvolle Schützenhilfe von Seiten des niederösterreichischen Landeshauptmannes Erwin Pröll erhalten. Der PVA begrüßt die Aussage von Pröll, dass das Ökostromgesetz zu überarbeiten und die Deckelung der jährlichen Mittel zu beseitigen sei und dass demjenigen, der das jetzt nicht begreift, nicht mehr zu helfen sei. Pröll setzt auch echte Taten und erhöht aus dem Landesbudget die Fördersumme um 5 Millionen Euro. Eine Aufstockung der Fördermittel vermeldet auch das Bundesland Vorarlberg.

Zur Aussage von Bundesminister Mitterlehner, dass Österreich keine „Energiewende“ brauche, da schon jetzt 70 Prozent des Stroms aus erneuerbaren Quellen bereitgestellt werde, stellt Kronberger fest: „Es geht nicht darum, sich auf den Leistungen unserer Großväter auszuruhen, sondern darum, die Energieversorgung der Gegenwart und Zukunft zu sichern.“ Deutschland sei sehr wohl ein Vorbild, da sich der Ökostromanteil dort in den letzten zehn Jahren vervierfacht hat, während er in Österreich gesunken ist und nicht einmal das EU-Ziel von 78,1 Prozent bis 2010 erreicht worden ist.

Der PVA lädt alle am Begutachtungsverfahren zum Ökostromgesetz Beteiligten ein, angesichts der dramatischen Ereignisse in den Öllieferländern und der Katastrophe von Fukushima, an eine große Wende in der österreichischen Energiepolitik zu denken. Minister Mitterlehner sei an seine Presseaussendung vom 10. September 2010 erinnert, in der er zur Novelle des

Ökostromgesetzes wörtlich feststellte: „Ziel ist es, das Gesetz übersichtlicher zu machen, den Industriedeckel neu zu regeln und den Förderdeckel bei der Photovoltaik zu öffnen. Dieser Deckel begrenzt die Förderung neuer Anlagen derzeit pro Jahr mit 2,1 Millionen Euro und wird mit der Novelle abgeschafft werden.“ Die Begutachtungsfrist läuft bis 9. Mai 2011.

Rückfragehinweis:

Bundesverband Photovoltaic Austria
Carmen Pihan
Neustiftgasse 115A/19, 1070 Wien
Telefon +43 (0)1 522 35 81
office@pvaustria.at
www.pvaustria.at